

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Utrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 707.

Donnerstag, 9. Oktober.

1879.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 8. Oktober. Der König hat geruht: die in der landwirthschaftlichen Verwaltung beschäftigten bisherigen Regierungs-Assessoren Pape und Kneuper in Kassel zu Regierungs-Räthen zu ernennen; sowie dem bisherigen Ober-Gerichtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Dr. Augustburg in Lüneburg bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Charakter als Geheimer Justiz-Rath, und dem Kreisgerichts-Sekretär Reine in Lauenburg in Pommern den Charakter als Kanzlei-Rath, den Wasser-Bauinspektoren Claudio in Leer, Schramme in Emden, Schaaf in Stade, Guald Koslowski in Cöln und Degner in Danzig, sowie den Bauinspektoren Karl Blanckenhorn in Kassel, Pollack in Sorau, Sümann in Geestemünde, Haege in Siegen, Warson in Berlin und Prael in Hildesheim, ingleichen den Titular-Bauinspektoren Haspelmath in Quatenbrück, Heye in Hoya, Albert Hoebel in Uelzen, Heins in Diepholz, Friedrich Hartmann in Walsrode, Ernst Schulze in Goslar und Heinrich Wilhelm Tolle in Grohn, den Charakter als Baurath zu verleihen.

Der Professor Dr. Ludwig Kiepert in Darmstadt ist unter Bezeichnung des Titels „Professor“ zum ordentlichen Lehrer an der Königl. technischen Hochschule in Hannover ernannt worden. Dem Oberlehrer Friedrich Wilhelm Schramm an der Realschule I. Ordnung zu Dortmund ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. Der Oberlehrer Dr. Uth am Gymnasium zu Kassel ist in gleicher Eigenschaft an das Realgymnasium zu Wiesbaden versetzt worden. Der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Seehausen i. A. Dr. Hermann Franke ist unter Beförderung zum Oberlehrer an das Gymnasium zu Schleusingen versetzt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 9. Oktober.

Die konservativen Abendblätter sind natürlich voll Freude und Jubel über die Wahlen, und wir wollen Ihnen die Berechtigung dazu nicht absprechen. Die konservative Partei, als Gesamtheit betrachtet, ist weitaus die stärkste im neuen Abgeordnetenhaus, und sie hat sich zu dieser mächtigen Stellung aufgeschwungen direkt von einem Abgeordnetenhaus, in welchem sie ganz ungewöhnlich gering vertreten war. Die vereinigten Konservativen sind den vereinigten Liberalen, die im alten Abgeordnetenhaus die Majorität hatten, jetzt um einige Stimmen überlegen. Eine konservative Majorität ist aber noch lange nicht vorhanden. Dazu muß eben das Zentrum die Hand bieten, und durch allen konservativen Jubel scheint uns doch manchmal ein leises Bedenken hindurchzufließen, die Zukunft des preußischen Staats auf die Schultern des Ultramontanismus zu stützen. „Wir wünschen aufrichtig“, sagt die „Nord d. Allg. B. t. g.“, daß die Zentrumspartei mit friedlichen, den Aufgaben des Staats förderlichen Intentionen in die wichtige Session eintreten möge.“ Gewiß, das wünschen wir auch; wir wissen aber, daß sie lediglich mit den Intentionen in die wichtige Session eintritt, ihre kirchlichen Interessen zu fördern, und daß ihr dies nur zu gut gelingen könnte, dafür bürgt die heutige Situation. Es kann jetzt ungestört an die „Revision der ganzen liberalen Gesetzgebung“ gegangen werden, wie die „Kreuz-Zeitung“ in Ausicht stellt, bei der wir immerhin noch mehr Ernst finden als bei dem Blatt der Freikonservativen, das sein böses Gewissen in lautem Freudengeschrei betäuben möchte. Die Konservativen übernehmen jetzt für den Gang unserer inneren Politik die moralische Verantwortung, die bisher, mehr als es in ihrer Machtstellung begründet war, die Nationalliberalen getragen. Die Verantwortung wird um so schwerer sein, je größer die Versprechungen gewesen, mit denen das Volk gegen die liberale Sache aufgereizt wurde. „Für die Entwicklung und Besserung unserer inneren Zustände erhofft das Volk viel von der Thätigkeit der Konservativen im Landtage“, sagt die „Kreuz-Ztg.“, und sie hat sehr Recht damit. Die Sieger von heute werden einst Rechenschaft ablegen müssen, ob sie für das Wohl des Volkes gewissenhafter und treuer gesorgt oder die Liberalen. Die reaktionär-ultramontanen Bestrebungen können nun ungehindert in der preußischen Gesetzgebung ihren Lauf nehmen; je energischer sie auftreten, desto schneller wird sich die Ernüchterung einstellen.

In den der Regierung nahestehenden Kreisen erzählt man, wie das „B. Tgl.“ wissen will, seit einigen Tagen, daß in der That die Grundlage eines Nebeneinkommens zwischen der diesseitigen Regierung und der Kurie gefunden sein soll, über welche Abmachungen bereits in der kürzesten Zeit nähere Details an die Öffentlichkeit gelangen würden. Inzwischen wird unter den Führern des Zentrums über die im neuen Abgeordnetenhaus zu beobachtende Taktik unterhandelt. Die Zentrumsfraktion will sich aller Anträge politischen Inhalts, welche der Regierung unbedeckt seien und derselben Verlegenheiten bereiten könnten, enthalten und sich nur auf die Initiative in kirchenpolitischen Fragen beschränken, es sei denn, daß die Regierung in diesem Punkte vorher selbst die Initiative ergriffe. In Zentrums-Kreisen wird die Situation folgendermaßen angesehen: Bislang sind alle Anträge und Petitionen, die auf Aufhebung oder Revision der Maigesetze gerichtet waren, durch Übergang zur Tagesordnung

erledigt worden. Im neuen Abgeordnetenhaus werden die Liberalen in den Kommissionen, die ja für die Entschließungen des Plenums nicht maßgebend sind, nicht mehr über die Majorität zu verfügen haben, sondern vielmehr die Konservativen und Klerikalen. Bei dieser Sachlage denkt das Zentrum zu gewinnen, und von der betreffenden Kommission, an welche die auf die Maigesetze bezüglichen Anträge und Petitionen werden verwiesen werden, diejenigen Modifikationen vorgeschlagen zu erhalten, welche an den Maigesetzen vorzunehmen sein möchten. Man fordert zwar deren Aufhebung, wird sich aber gern mit einer Revision derselben begnügen. Wer noch an der veränderten Haltung der Zentrumspartei auch im neuen Abgeordnetenhaus zweifeln wollte, den verweisen wir auf die völlig passive Haltung der Führer des Zentrums und der klerikalen Presse dem wichtigsten Berathungsgegenstande der bevorstehenden Session, der Eisenbahnvorlage, gegenüber. Man will sich eben nach keiner Richtung hin die Hände binden.

Aus industriellen Kreisen geht der „N. A. B.“ über die neuerdings angebahnte wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn und bezüglich einer wünschenswerthen Ausdehnung derselben auf Frankreich folgende Betrachtung zu:

„Der Gedanke, die Völker wirtschaftlich nahe zu bringen, ist wohl begründet in den Empfindungen und Bedürfnissen unserer Zeit; unsere handelspolitischen Erfahrungen drängen uns dem Realismus zu. Schon vor 9 Jahren plaidirten die Parteführer der protektionistischen Richtung für ein enges Zollbündnis mit Frankreich, um die Niedergewinnung des Elsaß wirtschaftlich auszugleichen und ihr die politische Schärfe zu nehmen. Über die in Deutschland damals in voller Blüthe stehende Herrschaft der Freihandelslehre hielt die Gemüther gespannt; erst nachdem sie gründlich abgewirtschaftet hatte, konnte der neue Kaiser's Auge gefaßt werden. Indem sich die wirtschaftlichen Interessen der Völker innig verschlechten, treten die politischen Gegensätze in den Hintergrund. Doch diese Verbindung kann nur eine innige werden, wenn sich das Riveau der produktiven Kräfte der verbündeten Nationen nicht allzuweit von einander entfernt. Der Freihandel gibt den Schwachen rücksichtslos dem Starken und damit der Vernichtung preis; wirtschaftliche Bündnisse sind Ausgleich, Friede. Eine wirtschaftlich eng verbundene Gruppe, Deutschland - Österreich-Ungarn - Frankreich, trüge in sich alle diejenigen glücklichen Elemente, welche den Frieden Europas und die Wohlfahrt der Nationen verbürgen können. Wer wollte erkennen, daß mancherlei Gemüisse zu überwinden sein werden, ehe die letzte gewaltige Schöpfung des Kanzlers zum Wohle der nationalen Arbeit Deutschlands als ein abgeschlossenes Werk sich darstellen kann; um so mehr scheint es uns die Pflicht der deutschen Industrie zu sein, dankesfür einzutreten und unter Aufsicht ihrer weitverzweigten Bindungen mitzuwirken an der möglichst schnellen Erreichung des vorgetheilten segenpendenden Ziels.“

Die Idee des mitteleuropäischen Zoll- und Handelsgebietes bleibt also im Vorbergrunde.

Wie verlautet, wird mit der im Jahre 1880 stattfindenden Volkszählung in Preußen, resp. im deutschen Reich eine Gewerbezählung, wie sie ursprünglich projektiert war, nicht verbunden werden; es bleibt vielmehr die Aufnahme der Betriebe, die mit Gehilfen und Motoren arbeiten, späterer Zeit vorbehalten, da eine zu schnelle Auseinanderfolge nicht wünschenswert sei und dann auch die Resultate mehr oder minder in Frage gestellt werden dürften.

Wie aus Straßburg berichtet wird, hat der Statthalter, Generalfeldmarschall von Manteuffel, den Bischof Räß, sowie das Domkapitel in Audienz empfangen und dabei folgende Ansprache gehalten: „Es ist meine innigste Ueberzeugung, daß die Religion zum Wohle von Staat und Volk durchaus nothwendig ist. Soviel in meinen Kräften steht, werde ich derselben immer meine volle Unterstützung leihen und zähle ich in diesen Bestrebungen natürlich auf Ihre thätige Mitwirkung.“ — Die Ernennung des Apothekers Klein zum Unterstaatssekretär für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft ist unterblieben, weil derselbe seine Berufung von einem Botum des Landesausschusses abhängig gemacht wissen wollte; es heißt, daß die Verhandlungen mit Herrn Klein bis auf Weiteres abgebrochen sind.

Aus Wien meldet der „N. A. B.“ ein Privattelegramm vom 7.:

„Der Wechsel in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wird sich morgen vollziehen, wo der neuernannte Minister Baron Hanmerle den Eid ablegt. Die Publication erfolgt wahrscheinlich übermorgen, an welchem Tage sich auch Graf Andraß von Wien verabschiedet. Die Eröffnung des Reichsraths hat heute in beiden Häusern ohne jeden besonderen Zwischenfall stattgefunden. Die Zeichen, welche vollständig im Reichsrathe erschienen waren, legten ein gänzlich vorbehaltloses Gelöbnis ab. Im Herrenhause erregte die mit ausdrücklicher Hervorhebung des verfaßungstreuen Standpunktes gehaltene Ansprache des neuen Präsidenten Grafen Trautmannsdorf große Sensation und nachhaltigen Eindruck. Insbesondere betonte der Vorsitzende, daß, nachdem die letzte Legislaturperiode die Verfaßung als gemeinsames Gut mit den nötigen Garantien umgeben habe, der beginnenden Legislaturperiode die Sorge für die materielle Wohlfahrt des Staates und der Völker als Aufgabe erwache.“

Auf der Balkanhalbinsel soll nun einmal nicht die Ruhe einkehren. Aus Cettigne meldet man der „Pol. Kor.“ vom 8.: Die Montenegriner schickten sich an, von den ihnen durch den Berliner Vertrag zuerkannten Gebieten von Guinne und Plava Besitz zu ergreifen. Da die Albaner sich in

Distrikte 20 Pf. die sechsgespartene Petition oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Pauly & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

führer bisher Herr v. Meyer-Arnswalde war. Sieht man hier von ab und nimmt man die 120 Konservativen als eine kompakte Masse, so sind dieselben zusammen mit dem Zentrum und dem polnischen Hilfscorps des letzteren im Stande, eine Majorität sogar ohne die 46 Freikonservativen zu bilden; in den meisten Fällen dürfte der größte Theil der letzteren dieser Majorität aber auch nicht fehlen. Bekanntlich sich unter den 120 Konservativen eine größere Anzahl lediglich ministerieller Abgeordneter, so würde allerdings die Möglichkeit vorhanden sein, daß sich gelegentlich für einzelne Fragen eine Majorität aus den Liberalen, den Freikonservativen und den ministeriellen Konservativen zu dem Zwecke bildete, etwaige, der Regierung zu weitgehende reaktionäre Forderungen zurückzuweisen; im Allgemeinen aber sind die Liberalen durchaus in die Stellung einer oppositionellen Minorität gedrängt, und zwar besitzen sie auch als solche eine erheblich geringere Stärke, als selbst die am meisten pessimistische Schätzung des Wahl-Negligats angenommen hatte. Dass man sich über das letztere so sehr täuschen konnte, wie es seitens der Wahlleitung sowohl der Fortschritts-, als der national-liberalen Partei geschehen ist, muß nothwendig zu dem Schlusse führen, daß die Leiter des Liberalismus die Fühlung mit den Wählern im Lande stark verloren hatten. Nur so ist es zu erklären, daß vor wenigen Wochen hier die Meinung herrschte, die liberale Majorität werde sich behaupten lassen, und daß, als man von dieser Ansicht später abging, doch nur die etwa 20—30 Stimmen verloren gegeben wurden, auf denen die bisherige Majorität beruhte. In den letzten Tagen glaubten Einzelne schon das Neuerste an Pessimismus zu leisten, wenn sie einen Verlust von 50—60 Mandaten für möglich erklärt, und jetzt hat sich dieselbe auf rund 100 gestellt; die Fortschrittspartei hat die Hälfte ihres Besitzstandes, die national-liberale Partei etwa 40 p.C. desselben eingebüßt. Die Gesamtlage im Abgeordnetenhaus wird genau dieselbe sein, welche durch die Wahlen des vorigen Jahres im Reichstage entstanden ist: die Ultramontanen haben in allen den Fällen, in welchen Konservative und Liberales als Gegner auftreten, die Entscheidung zu geben. Während der Wahlbewegung hatte man vielfach davon gesprochen, daß die Freikonservativen, sofern die Liberalen ihre Majorität nicht zu behaupten vermöchten, den Präsidenten des Hauses zu stellen haben würden, und zwar wurde mehrfach der Minister a. D. Friedenthal als solcher genannt; jetzt ist davon natürlich nicht mehr die Rede; Präsident wird ohne Zweifel ein Altconservativer werden, Vizepräsident ein Ultramontaner, und es wird lediglich von dem Willen dieser beiden Parteien abhängen, ob den Freikonservativen die Stelle des zweiten Vizepräsidenten zugestellt wird. Die Liberalen werden ohne Zweifel um eine Betheiligung an dem Präsidium so wenig konkurrieren, wie bei der jüngsten Wahl im Reichstage. Sehr bemerkenswerth ist es, wie gering der Anteil der Freikonservativen an dem Gesamtgewinne des Konservatismus ist: während die übrigen Konservativen ihre Stärke mehr als verdreifacht haben, ist die der Freikonservativen nur um ungefähr ein Drittel gewachsen, und doch waren sie an gesetzungstüchtigen Angriffen auf die Liberalen hinter der „Kreuz-Zeitung“ kaum zurückgeblieben. Der Umschwung im ganzen Lande drückt sich namentlich in einzelnen Provinzen besonders prägnant aus. In erster Reihe gehört dahin natürlich Ostpreußen, das bekanntlich immer von einem Extrem zum anderen übergeht. Während 1876 in der damals noch ungeteilten Provinz Preußen nicht ein einziger Altconservativer, sondern nur drei ministerielle Neukonservative, im Uebrigen aber lediglich Liberale, und zwar größtentheils fortschrittliche, gewählt waren, hat gestern Ostpreußen allein 15 konservative Abgeordnete gestellt, von denen 14 ihre Mandate der Fortschrittspartei abgenommen haben. In der Provinz Brandenburg ist die Zahl der Konservativen von 4 auf 27 gewachsen; ähnlich steht es in Pommern, und auch in Sachsen und Schlesien hat der Liberalismus bedeutende Verluste erlitten. Die Fortschrittspartei hat jetzt ihren Sitz fast ausschließlich in Berlin, einigen anderen großen Städten und einer Anzahl, diesmal noch geretteter ostpreußischer Wahlkreise. Bei den Nationalliberalen tritt die Thatssache, daß ihre Hauptstärke in den neuen Provinzen liegt, nunmehr, nachdem eine Anzahl ihrer Wahlkreise im preußischen Osten verloren gegangen sind, noch prägnanter, als früher, hervor; die Provinz Hannover stellt jetzt allein mehr als ein Viertel des gesamten Fraktionsbestandes. Da Herr v. Bemmelen trotz seiner Wiederwahl in seinem alten Wahlkreise doch schwerlich im Abgeordnetenhaus erscheinen wird, so wird die Führung nunmehr unbestritten auf Miquel übergehen, dem sie ohnehin wohl zugeschlagen wäre; auch scheint es, als ob die meisten der als national-liberal neu gewählten Abgeordneten der speziellen Richtung dieses hannöverschen Abgeordneten angehören.

— Einige Ausführungen des Fürsten Bismarck „zur Lage“ läßt sich das „Frankf. Journ.“ von Berlin melden:

„Was war eigentlich der Zweck Ihrer wiener Reise?“ fragte eine hochgestellte Dame den Fürsten Reichsanstler, der ihr nicht gut ausweichen konnte. „Mein Gott, das ist kein großes Geheimnis“, war die Antwort, „mein Freund Andrássy und ich wir strebten danach, eine Magnet- oder Kompassnadel zu konstruieren, welche uns Männern am Steuerruder helfen soll, den Friedenkurs für Europa einzuhalten. Das ist bedeutungsvoll“ meinte die Dame lächelnd, „denn es ist ja bekannt, daß die Magneten im Kompaß immer nach Norden zeigen“. Man erinnert sich, daß Fürst Bismarck noch vor der Absahrt von Gastein sich mit einem wiener Finanzarion unterhielt, ein Ereignis, das sogar der Telegraph zu berichten nicht unterließ. In dieser Unterredung soll der Kanzler u. A. von den Russen gesagt haben: „Ja, man macht uns in Petersburg viel zu schaffen. Man vermehrt jetzt sogar dort die Cadres und verstärkt die Armee und das jetzt nach dem Kriege, wo jeder Mann doch danach trachtet, den Frieden möglichst festzustellen zu sehen. Das kann uns kein sonderliches Vertrauen einflößen und so ist es ganz unentbehrlich geworden, daß wir Deutsche und Ihr Österreicher treu zusammenhalten.“

Italien. Garibaldi ist wieder einmal der Gegenstand aller müßigen Gespräche geworden. Bekannt ist, daß er mit seiner Entscheidungslage vom Gericht abgewiesen wurde, ferner, daß er, wenn er sein Ziel im Rechtswege nicht erreicht, es durch einen Staatsstreich zu erreichen suchen würde. Nebelberathene Freunde, dar-

unter auch die Crispische „Riforma“, reden ihm ein, vom König die Nichtigkeits-Erläuterung seiner Ehe und die Legitimation seiner Kirche durch rescriptum principis zu fordern. Der König antwortete, wie ein Korrespondent der „Nat. Ztg.“ schreibt, für Garibaldi alles thun zu wollen, was er gefüglich zu thun berechtigt sei, und unter der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit seiner Minister. Natürlich erklären aber Cairoli und Barè, daß die Forderung Garibaldis ungesehlich und unzulässig sei, und daß sie dem König niemals zu einer solchen Rechtsverlezung rateten noch die Verantwortung dafür übernehmen würden. Es scheint, daß Garibaldi von dem festen Rechtsstimm Cairoli aufs peinlichste überrascht wurde, und es heißt, daß in den nächsten Tagen eine erbitterungsvolle Brochüre Garibaldis gegen Cairoli erscheinen werde. Inzwischen fasste aber Garibaldi den Entschluß, den Winter in Palermo zuzubringen. „Fanfulla“ beeilte sich, aus diesem Anlaß einen Aufstand in Sicilien in Aussicht zu stellen. So toll Garibaldi sein mag und so unbefriedigend die Zustände in Sicilien sind, darf man den Aufstand des „Fanfulla“ nur für einen, übrigens sehr unzeitigen Witz nehmen. Sollte aber Garibaldi wirklich irgend einen tollen Plan verfolgen, so wird gewiß Cairoli, ungedacht aller persönlichen Freundschaft, nicht zögern, ihm pflichtgemäß und energisch entgegentreten.

London, 4. Okt. Die Regierung hat die Verhandlungen s.a.m.s a.h. regeln veröffentlicht, welche dem neuen, bisher noch nicht ernannten, Residenten im Zululand beim Antritt seines Amtes mit auf den Weg gegeben werden sollen. Dieselben entsprechen genau den im Friedensvertrage festgesetzten Bedingungen, wonach der Vertreter Englands sich in keiner Weise in die inneren Regierungsangelegenheiten des Zululandes einmische und die bleibende Niederlassung und Erwerbung von Grundbesitz im Zululand den Weißen unterstellt bleiben soll. Auf diese Weise soll zukünftigen Verwicklungen und Neubereichen vorgebeugt werden. In kolonialen Kreisen wird allerdings behauptet, daß die letztere Bedingung thatshäglich mit der Zeit hinfällig werden müsse. Vor der Hand besteht sie indessen und die Regierung legt offenbar großes Gewicht auf ihre gewissenhafte Einhaltung. Der neue Resident wird mit besonderem Nachdruck angewiesen, darauf zu achten, daß vornehmlich dieses Versprechen des britischen Bevollmächtigten, aber nicht weniger auch alle übrigen Zusagen streng beobachtet werden und daß jeder Schein einer Verlegung, jede Handlung, welche möglicherweise als eine Verlegung gebedeutet werden könnte, vermieden werde. Den amtlichen Anweisungen zufolge soll der Resident „Auge und Ohr der britischen Regierung“ sein, dem Gouverneur von Natal, als seinem Vorgesetzten, oder in besonderen Fällen auch dem Generalgouverneur in regelmäßigen Zeiträumen über die Vorgänge im Zululand berichten, dieselben wachsam verfolgen, aber niemals selbst in die Landesverwaltung eingreifen. Auf Erfuchen des betreffenden Hauptsitals soll er diesem mit Rath zur Hand gehen; wo er die vorgeschriebenen Bedingungen nicht einzuhalten scheint, darf er auch Vorstellungen machen, aber jedes thatshäliche Eingreifen ist ihm untersagt. Eine seiner ersten Arbeiten soll in der Feststellung der neuen Landsgrenzen bestehen. Nach Möglichkeit sollen Ströme und Flüsse oder aber sonst Berggrücken und Wasserscheiden als Grenzmarken gewählt, und soweit dies thunlich ist, sollen auch die bestehenden Grenzen der Bezirke verschiedener Stämme weiter beibehalten werden. Den Brüdern Cetewayo's, mit alleiniger Ausnahme Oham's, soll ein Wohnsitz in der Nähe des Kraals Dabulamanze's angewiesen werden, wo sie unter der Aufsicht John Dunn's stehen. Für das größere Zululand soll der Pongolostrom nach Norden und Westen hin die äußerste Grenze bilden. Nach Westen soll die Grenze sodann den Lauf des Benevastromes, des Pongwanastusses und über den Kambulaberg hinweg den Lauf des Lyn oder Debusstromes, und sodann des Blutstromes bis an den Buffalo verfolgen. In den Verhaltungsmaßregeln wird weiter hervorgehoben, daß alles dem Könige gehörige Vieh und alle im Zululand sich befindenden Geschüze Eigentum der britischen Regierung sind und dieser zugestellt werden müssen. Verkäufe von Grundbesitz an Weiße, ob dieselben früher erfolgt sind oder in der Zukunft erfolgen sollen, will die britische Regierung unter keiner Bedingung anerkennen, auch nicht, wo der Grundbesitz für oder durch Missionare erworben wurde. Es ist den Zuluhäuptlingen gestattet, Grund und Boden an Missionare abzutreten, indessen nur leihweise unter Vorbehalt des Rechtes der Zurücknahme nach eignem Belieben des betreffenden Häuptlings. Eine Abtretung von Grund und Boden, selbst unter diesen Beschränkungen, verlangen diese Missionare in keinem Falle. In die Missionstätigkeit der Missionare soll sich der Resident unter keinen Umständen einmischen, sondern sich derselben völlig fern halten. Einen unmittelbaren Verkehr zwischen dem Zuluhäuptling und dem Gouverneur soll er in keiner Weise hindern. Schließlich wird er angewiesen, sich durch längeres Reisen im Zululand nach Möglichkeit mit Land und Leuten vertraut zu machen.

Stockholm, 30. September. [Zollpolitisch.] In der letzten Reichstagsession beschloß die zweite Kammer auf Antrag von Herrn Themptander mit 97 gegen 45 Stimmen, die Regierung zu ersuchen, ein aus sachkundigen Personen bestehendes Komitee zu ernennen, welches theils die Wirkungen der jetzigen Zollgesetzgebung auf unsere Nahrungszweige detaillirt untersuchen, theils sich darüber aussprechen solle, ob und inwiefern das Ergebnis dieser Untersuchung eine Änderung der geplanten Gesetzgebung als wünschenswert erscheinen läßt. Sollte vor Beendigung der Arbeiten des Komites die Frage über den Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit einem anderen Staate zur Entscheidung vorliegen, so wäre die Ansicht des Komites über die Basis dieses Vertrags einzuholen und dem Reichstage mitzuteilen, bevor letzterer die Vertragsvorlage zu diskutiren hätte. Ein gestern veröffentlichtes Regierungserret scheint mit jenem Beschuß der zweiten Kammer in einer gewissen Verbindung zu stehen. Dies am 28. September 1876 ernannte, aus sieben Mitgliedern bestehende und noch in Thätigkeit befindliche Zoll-Komitee ist nämlich durch sechs neue Mitglieder verstärkt worden,

unter denen Herr Themptander. Dieses Komitee ist, wie das Dekret sagt, bisher von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Handelsvertrag mit Frankreich definitiv erneuert werden würde; da es sich indessen herausgestellt hat, daß von Seiten der französischen Regierung noch keine sichere Aussicht auf die Gründung solcher Unterhandlungen gegeben werden kann, so ist es dem Komitee auferlegt worden, die einschlägigen Verhältnisse für den Fall eines Aufhörens dieses Vertrags in besondere Erwägung zu ziehen und zu untersuchen, inwiefern alsdann Rückstufen auf eine billige Vertheilung der in der Form von Einfuhrzöllen erhobenen Steuern zu Aenderungen in diesen Zöllen Veranlassung geben könnten. Ferner hat die Regierung das Komitee aufgefordert, Vorschläge zu denjenigen Aenderungen in den jetzt geltenden Zollfassen zu machen, welche durch die von Anfang 1881 an obligatorische Anwendung des metrischen Systems für Maß und Gewicht als nothwendig und als mit dem jetzt geltenden Handelsvertrage mit Frankreich vereinbar erscheinen. Das königliche Dekret enthält ebenso wenig wie die s. B. dem bisherigen Komitee ertheilte Instruktion, irgend eine Andeutung über die Richtung, freihändlerisch oder protektionistisch, in welcher die Arbeiten des Komites gehen sollen, und wir haben keine Veranlassung zu glauben, daß die Regierung von den bisher in der Zollfrage begonnenen Prinzipien abgehen werde. In dem bisherigen Komitee hatten die Freihandelsgrundfasse ein entschiedenes Nebergewicht, indem fünf oder sieben Mitglieder sich offen zu diesen Grundfassen bekannten. Von den sechs neuen Mitgliedern ist, wie „Stockholms Dagblad“ bemerkt, so weit man weiß, keiner entschiedener Schutzzöllner. Die Ansichten dreier dieser Herren sind, bezüglich der Zollpolitik, so gut wie unbekannt, und die drei anderen haben sich ausdrücklich als auf neutralem Boden stehend bezeichnet. Die Frage, ob der Handelsvertrag mit Frankreich verlängert werde oder nicht, wird durch die obengenannte Regierungsverfügung in keiner Weise präjudiziert; jede Schlussfolgerung in entgegengesetztem Sinne wäre vollkommen unrichtig. — Die Zeitungen der Hauptstadt sprechen sich heute, je nach ihrem verschiedenen Standpunkte, über die Verfügung aus. „Aftonbladet“ findet sie „ein wenig überraschend“ und ziemlich überflüssig, hebt aber entschieden hervor, daß sie weder als ein parlamentarischer Sieg, eine Konzession an die Majorität der zweiten Kammer, noch als ein Hoffnungsstrahl für die Schutzzöllner aufgestellt werden könne. Den Standpunkt der „Nya Dagligt Allehanda“ kennzeichnen die Worte, mit welchen diese Zeitung ihren bezüglichen Leitartikel beginnt: „In einer Frage, wo man nichts von der Regierung gehofft hat, muß man mit etwas zufrieden sein.“ „N. D. A.“ erblickt in der betreffenden Regierungsmaßregel eine Bürgschaft gegen eine überreiche Erneuerung des Handelsvertrags mit Frankreich, ohne daß diese Angelegenheit sorgfältig geprüft und dem Reichstage vorgelegt worden wäre. Das Dekret habe die in dieser Beziehung herrschende Unruhe beseitigt. Die Zeitung wünscht die Bande gelöst, die uns jener Handelsvertrag auferlegt, damit wir bei wiedergewonnenem Selbstbestimmungsrecht Deutschland die verdiente Antwort geben können. Die Ausfuhr Deutschlands nach Schweden sei so überaus viel größer, als diejenige Schwedens nach Deutschland, daß ein Zollstreit zwischen diesen Ländern nothwendigerweise zu Gunsten Schwedens ausfallen müsse. Schließlich legt „N. D. A.“ allen Betreffenden ans Herz, das Möglichste zu thun, um eine Herabsetzung der Zölle für die Einfuhr von schwedischem Eisen in Frankreich zu erwirken. „Stockholm Dagblad“ bezeichnet die Verstärkung des Zollkomite's als ein Ereignis, welches besondere Aufmerksamkeit verdient, ohne daß die Bedeutung dieser Maßregel deshalb grade überschätzt zu werden braucht. Die Schutzzöllner haben, meint das Blatt, keine begründete Veranlassung, sich besonders über dieselbe zu freuen, wenn sie sie vielleicht auch als einen kleinen Sieg betrachten werden. Das verstärkte Komitee sei wohl zunächst als eine Art Ergänzung zu dem Steuerregulierungskomitee zu betrachten, mit dem speziellen Auftrage, die sogenannten Finanzzölle als Besteuerungsmittel zu untersuchen.

(Oft.-Rtg.)

Locales und Provinzielles.

Posen, den 9. Oktober.

r. **Der Lehrer-Sterbekassenverein des Großherzogthums Posen** hielt gestern Abend im Lambert'schen Saale zu der heute stattfindenden Generalversammlung eine Vorversammlung ab, an welcher ca. 150 Mitglieder Theil nahmen. Nachdem Rector Hecht, der Vorsitzende des Vereins, die Versammlung eröffnet und das Bureau in der Weise konstituiert worden war, daß Rector Hecht den Vorst., Lehrer Damisch das Protocoll führte, und die Herren Merk, Scheibe, Marcinowski als Besitzer fungirten, beantragte Rector Lehmann, den Gegenstand der Tagesordnung Nr. 5, welcher von der Erhöhung der Versicherungssumme auf 1500, event. 1200 oder 900 Mark handelt, zuerst zu erörtern. Dieser Antrag wurde angenommen. Mittelschullehrer Franke verlas hierauf den von der Nebenrentandatur Posen an die Mitglieder in der Provinz gerichteten Aufruf, in welchem von der Erhöhung der Versicherungssumme abgerathen wurde. Es entwidete sich hierauf eine lebhafte Debatte, bei welcher Rector Hecht und die Lehrer Modrzynski und Raczkowksi für die Erhöhung der Versicherungssumme, Rector Lehmann und Vorschullehrer Kloß gegen die Erhöhung sprachen. — Zu Vorstandsmitgliedern an Stelle der auscheidenden Mitglieder wurden die Herren Kupke, Damisch, Senda und Markus vorgeschlagen.

I. **Feuer.** Heute Nacht entstand in der Dachammer eines Hinterhauses Langstraße 7 Feuer, welches rechtzeitig bemerkt und ohne größeren Schaden anzurecken, von den Einwohnern gelöscht wurde.

— **R. Wollstein, 6. Oktober.** Propst Pötzsch zu Priment feierte am 2. d. M. unter sehr zahlreicher Beteiligung seiner Amtsbrüder, sowie seiner Parochien und Freunde sein 25jähriges Priesterjubiläum. Gegen 11 Uhr Vormittags wurde der Jubilar von der Schuljugend, an deren Spitze sich 12 weihgekleidete junge Mädchen befanden, der Gemeinde und den anwesenden 32 Geistlichen in geordnetem Zuge nach der feierlich geschmückten Kirche geleitet, woselbst vom Großaltar aus das Veni creator intonirt wurde. Der Jubilar zelebrierte hierauf das Hochamt, wo bei vom hiesigen Kirchengesangverein eine vierstimmige Arie für gemischten Chor gesungen wurde. Eine hiesige Dame, Fräulein B. trug 2 Soli's vor. Die Festpredigt wurde von einem d. M. Jubilar sehr freundeten Geistlichen gehalten. Nach beendigtem Gottesdienste wurde der Jubilar wiederum in geordnetem Zuge nach seiner Wohnung zurückgeleitet, woselbst er nunmehr die Glückwünsche seiner Amtsbrüder, so-

sie seiner Parochianen und Freunde, begleitet von werthvollen Geschenken, entgegennahm. Es fand hierauf in der Wohnung des Jubilars ein Diner von 80 Gedecken statt. Abends waren die Häuser des Dorfes allgemein illuminiert. Am 3. d. wurde die von den Brüdern Waller zu Guhrau umgebaute Orgel mit 32 Registern in der dortigen Hartkirche vom hiesigen Kantor Kowitsch revidirt und abgenommen. Fügt allein die gute Wirkung der Orgel, sondern der gewissenhaft und tüchtig ausgeführte Umbau derselben, befunden die Meisterschaft der Gebauer.

Aus dem Kreise Kosten. [Eine musterhafte Wahl.] Wie vorschriftsmäßig theilweise in unserem Kreise gewählt worden, zeigt folgender Fall: In dem Wahlort J. war, wie wohl überall in unserem Kreise, die Wahl der Wahlmänner um 8 Uhr Vormittags angefangen. Als Wahlvorstand fungirten einige Wirtschaftsbeamte. Nachdem sich einige Urväähler eingefunden, wurden die geleglichen Bestimmungen nicht in deutscher, sondern überseit in polnischer Sprache vorgelesen und dann eine lange Pause gemacht, weil die Wähler der 3. Abteilung von ihren Brotherren erst um 11 Uhr befohlen worden waren. Als die anwesenden Wähler nicht so lange warten wollten, wurden die Urväähler der 2. Klasse zuerst aufgerufen und ihnen vom Wahlhüter aus zugeschrieben: "Den und Den habt ihr zu wählen!" was denn auch geschah. Um 11 Uhr kamen auf langen Leiterwagen unter Gestore die Wähler der 3. Abteilung und mussten natürlich so wählen, wie es befohlen wurde. Wenn die Wahlvorbereitung in unserer polnischen Gegend überall so gewissenhaft vorgegangen sind, dann darf man sich über den Ausfall der Wahlen wahrlich nicht wundern.

Wahlergebnisse außerhalb der Provinz Posen.

(Fortsetzung.)

Regierungs-Bezirk Arnswberg:
4. Wahlbez. (Hagen) Sternenberg.
6. Wahlbez. (Hammer-Söest) Regierungsrath v. Bodum-Dolffs (liberal), Mühlenbesitzer Louis Uhendorff (fortsch.).

Regierungs-Bezirk Oppeln:
5. Wahlbez. (Beuthen) Oberberg, Hauptmann Sarlo (freikons.), Sanitätsrath Dr. Holze (nat.-lib.).
6. Wahlbez. (Oybin) Amtsgerichtsrath Gorzig, General-Major s. D. von Ciszkowski, Gutsbesitzer Conrad (sämtl. Centrum).
8. Wahlbez. (Kosel) Pfarrer Müller (Centrum), (Kosel)-Leobschütz

Graf Ranhaus-Cormons, Erbrichter Knabe (beide konserv.).
Regierungs-Bezirk Potsdam:
3. Wahlbez. (Prenzlau) Böselmann (freikons.).

Provinz Hannover:
6. Wahlbez. (Bergenbrück) Pastor Lange (nat.-lib.).
34. Wahlbez. (Osterholz) Mahlsdorf (nat.-lib.).
36. Wahlbez. (Rothenburg) Gutsbesitzer Kropp (nat.-lib.).
9. Wahlbez. (Diepholz) Kreishauptmann Denke (nat.-kons.).

Regierungs-Bezirk Stralsund:
2. Wahlbez. (Grimmen-Greifswald) Graf Behr-Behrenhoff und Kreisrichter v. Hagenow (beide konserv.).

Regierungs-Bezirk Merseburg:
8. Wahlbez. (Weisensels) Bürgermeister Born, Rittergutsbesitzer v. Heßdorf (beide nat.-lib.).

Regierungs-Bezirk Erfurt:
2. Wahlbez. (Heiligenstadt) Geistl. Rath Dr. Zehrt, Regierungsrath a. D. Kuff (beide Centrum).
R e g . - B e z . M ü n s t e r :
4. Wahlbez. (Borken-Recklinghausen) Gerichtsrath Bönnighausen und Landrat Otto Licenscheidt (beide Centrum).

R e g . - B e z . D ü s s e l d o r f :
5. Wahlbez. (Duisburg, Eßen, Mülheim a. R.) Minister a. D. Dr. Falk, Dr. jur. Hammacher (nat.-lib.), Landrat Delius (nat.-lib.).
R e g . - B e z . A c h e n :
2. Wahlbez. (Aachen) Dr. Bock, Dr. Krebs, Grand-Ry (sämtl. Centrum).
4. Wahlbez. (Erfelenz) Gutsbes. Schlick, Landrat Janzen (beide konservativ).

R e g . - B e z . W i e s b a d e n :
8. Wahlbez. (Oberlahnkreis) Johann Tripp (Centrum).
R e g . - B e z . K a s s e l :
2. Wahlbez. (Hofgeismar) Wolff v. Gudenberg (kons.).
R e g . - B e z . M a r i e n w e r d e r :
2. Wahlbez. (Nienburg - Graudenz) Schnackenburg (Fortschritt) und v. Kasler (nat.-lib.).
R e g . - B e z . S t e t t i n :
1. Wahlbez. (Demmin - Anklam) Landesdirektor v. Heyden, Graf von Schwerin-Putzar, Rittergutsbesitzer von Endevort (sämtlich konservativ).
2. Wahlbez. (Greifswaden) Baron v. Eickstedt, Regierungsrath Herr (beide kons.).
R e g . - B e z . K ö s s l i n :
2. Wahlbez. (Kümmelsburg-Schläwe) Rittergutsbesitzer Ludendorff (frei-kons.), Rittergutsbesitzer v. Massow (alt-kons.).
R e g . - B e z . B r e s l a u :
Wahlbez. Stadt Breslau. Geh. Justizrat Wachler, Dr. Alex. Meyer (beide nat.-lib.) und Staatsminister a. D. Hobrecht.

6. Wahlbez. (Striegau-Schweidnitz) von Oheimb, von Barchewitz (beide kons.).
7. Wahlbez. (Waldenburg-Reichenbach) Landrat Dr. Bitter, Fabrikbesitzer Schneider (beide frei-konservativ), Landgerichtsrath Kletsche (national-liberal).

Provinz Schleswig-Holstein:
4. Wahlbezirk. (Tondern) Amtsrichter Ed. Franke (national-liberal).
9. Wahlbezirk. (Pinneberg) Überlandesgerichtsrath Schütt (national-liberal).
16. Wahlbez. (Stormarn) Herneberg (nat.-lib. rechts).

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 8. Oktober. [Ausführliche Wiederholung.] Die Thronrede, mit welcher der Reichsrath heute eröffnet wurde, heißt zunächst die Vertreter beider Hämmer des Reichsraths am Beginn einer neuen Periode verfassungsmäßiger Tätigkeit herlich willkommen. Es heißt dann weiter: „Undem nun auch die Abgeordneten meines geliebten Königreichs Böhmen, meinem Hause folgend, unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung und ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Anschaunungen, vollständig den Boden gemeinsamer Verhandlungen betreten, ist ein wichtiger Schritt geschehen, um zu jener allgemeinen Verföhrung und Verständigung zu gelangen, die stets das Ziel meiner Wünsche waren, und ich gebe mich der zuverlässlichen Hoffnung hin, daß es bei allseitiger Mäßigung und gegenseitiger Achtung des Rechts Ihren Verathungen gelingen wird, dieses im Interesse der Machtstellung der Monarchie stets festzuhalten Ziel auch wirklich zu erreichen, und so den Verfaßung die gleich freudige Anerkennung aller Völker zu sichern.“ Auf die Arbeiten, die des Reichsraths barren, übergehend, werden in der Thronrede vor Allem Gesetzentwürfe über das Wehrwesen angekündigt. Bei Bearbeitung dieser Vorlagen werde den Reichsrath die wichtige Erwagung zu leiten haben, daß in der eigenen Kraft die verlässliche Bürgschaft des Friedens liege, welcher der Bevölkerung der Freiheit des Gewerbesichert, und daß die Monarchie immer im Stande sein müsse, mit dem vollen Gewichte ihrer Bedeutung einzutreten, wenn die Ereignisse den Schutz ihrer Interessen erheben. Ferner wird ein Gesetzentwurf angekündigt betreffend die Aufbesserung der Invalidengebühren, die Versorgung hilfsbedürftiger Wittwen und Waisen der vor dem Feinde Gefallenen, sowie die

Unterstützung hilfsbedürftiger Familien der im Falle der Mobilisierung Einberufenen durch Einführung der im Wehrgelege vorgesehenen Militärtaxe; eine weitere Gesetzentwurf wird die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina betreffen. Das Bestreben zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte werde sich zunächst auf alle mit den bestehenden Einrichtungen vereinbarliche Ersparnisse, speziell durch Vereinfachung der Verwaltung, erstreden und auch das Kriegs-Budget umfassen, soweit dieses mit der Machtstellung und Sicherheit des Reiches vereinbarlich sei. Die Deckung des Abgangs, welchen der nächste zur Vorlage gelangende Staatsausgaben-Voranschlag aufweist, soll ohne Finanzpruchnahme des Staatskredits und ohne Schädigung der Produktionskraft der Bevölkerung durch Vermehrung der Einnahme geschehen. Eine neue Vorlage betreffend die Reform der direkten Besteuerung werde mit Benutzung umfassender Vorarbeiten eingebracht werden. Dem Reichsrath werde es hoffentlich gelingen, die im Interesse einer gerechten Vertheilung der Lasten so dringend nothwendige Verbesserung der Steuer-Systeme Österreichs endlich zur Ausführung zu bringen. Eine besondere Sorgfalt werde den Maßnahmen zur Hebung der heimischen Arbeit gewidmet sein. Bei der Erneuerung der demnächst ablaufenden Handelsverträge werde darauf Bedacht zu nehmen sein, die Nachtheile abzuminden, welche die Produktion, sowie den Handel und Verkehr Österreichs durch die geänderte wirtschaftliche und Zollgesetzgebung des Auslandes gefährdet könnten. Die in letzter Zeit gepflogenen Besprechungen eröffnen eine erfreuliche Aussicht auf eine günstige Regelung des Verkehrs und der Handelsverhältnisse mit dem deutschen Reiche. Die Einbeziehung der neuen Gebiete in den Zollverband, sowie die Errichtung von Lagerhäusern in Triest lassen eine dauernde Belebung des Handelsverkehrs erwarten. Die Entwicklung des Eisenbahnwesens und die nötige Erleichterung der mit dem Systeme der Staatsgarantie verbundenen Lasten werde volle Aufmerksamkeit erheischen. Der Bau der immer wichtiger werdenden Arlbergbahnen sei durch Verhandlungen bedingt, auf deren baldigen Abschluß die Regierung bedacht sei. Weiter kündigt die Thronrede sodann Gesetzentwürfe an über die grundfältigen Bestimmungen für die Zusammenlegung von Grundstücken, ferner eine Revision der Gewerbegebote beziehungsweise Förderung der gewerblichen Interessen, insbesondere durch Kräftigung des kleinen Gewerbes und zeitgemäße Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Hilfsarbeitern, ein Gesetz über die Erleichterung und teilweise Auflassung der Besteuerung von Vorschufkassen ist in Aussicht genommen. Weitere Gesetzentwürfe betreffend die Abhilfe wider unrechte Vorgänge bei Kreditgeschäften und die Befreiung von der Legalisierungspflicht bei Tabakarufunden über Objekte von geringerem Werthe, ferner die Reform der Zivilprozeßordnung und des materiellen Strafrechtes, endlich die Verbesserung der Lage des Seeforgereliers. Die Thronrede betont, daß angefischt der längeren Dauer der letzten Session und der Neuwahlen die Landtage nicht vor dem Beginn der Reichsrathssession einberufen werden könnten; eine Selbstbeschränkung und weise Ausnutzung der Zeit befuß regelmäßiger Auseinanderfolge der legislativen Körperschaften erscheine wünschenswerth. Die Thronrede konstatirt die ungetrübte Fortdauer der guten Beziehungen zu allen Mächten, die Durchführung des Berliner Vertrages in seinen wesentlichen Bestimmungen und den Vollzug des Einnamens in das Sandstaat Novibazar auf Grundlage dieses Vertrags in freundschafflichem Einvernehmen mit der Pforte; es werde die Aufgabe der Regierung sein, der nunmehr ermöglichten nachhaltigen Pflege und Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zum Orient ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Thronrede schließt: Die vielen Beweistreuer Liebe und Anhänglichkeit meiner Völker für mich und mein Haus, sowie die aus der Mitte der Bevölkerung immer lauter tönen den Rufe nach Erhaltung der Eintracht, in welcher meine Völker seit Jahrhunderten friedlich nebeneinander leben, haben meinem Herzen wohlgethan. Diese Kundgebungen sind mir eine Genähr, daß auch Sie, von demselben Geiste der Eintracht und Mäßigung befeilt, auf dem Boden verfassungsmäßigen Wirkens zu ruhiger und stetiger Entwicklung des allgemeinen Wohls sich verständigen werden. Österreich wird treu seinem geschichtlichen Berufe ein Hort sein für die Rechte seiner Länder und Völker in ihrem un trennbar einheitlichen Verbande und eine bleibende Stätte des Rechts und der wahren Freiheit.“

Athen, 7. Oktober. Der Marineminister Bouboulis hat seine Entlassung gegeben, die neu gewählte Deputirtenkammer ist zum 1. November c. einberufen.
London, 8. Oktober. Nach einem Telegramm der „Daily News“ aus Allahabad vom heutigen Tage ist man daselbst zur Zeit ohne Nachrichten aus Kabul, da die Telegraphenleitungen jenseits Thull von den Zaimushts zerstört worden sind.
Kopenhagen, 7. Oktober. Nach dem Budget-Entwurfe betragen die Einnahmen 47,145,000 Kronen und die Ausgaben 43,052,000 Kronen.
Southampton, 7. Oktober. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Rhein“ ist hier eingetroffen.

Briefkasten.

L. S. in Posen. So tiefgreifende Inserate sind nur dann zur Veröffentlichung im Sprechsaal unserer Zeitung geeignet und wirksam, wenn sie die volle Namensunterschrift der Einsender tragen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

S Langensalza, 4. Oktober. Nach dem Ableben des Herrn Dr. Kirchner, Direktor der hiesigen polytechnischen Schule ist Herr Jenzen, Direktor der städtischen Baugewerkschule zu Stadt Sulza vom Magistrat zur Übernahme der Direktion unserer technischen Fachschule berufen worden. Obgleich es für unsere Stadt etwas schwer ist, die Bedingungen zu erfüllen, von den Herrn Direktoren Jenzen die Übernahme der Direktion der hiesigen Anstalt abhängig gemacht hat, herrscht doch unter den Bürgern allgemeine Freude über den Abschluß dieser Verhandlungen, weil die bisherige erfolgreiche Wirksamkeit des Herrn Jenzen für eine gedeihliche Entwicklung der Anstalt eine genügende Bürgschaft gewährt. Während der Magistrat mit geeigneten Personen befußt die Übernahme der Direktion verhandelte, war die Direktion des Technikums Hildburghausen bemüht, durch Engagament der Fachlehrer die Studirenden der hiesigen Anstalt nach Hildburghausen herüber zu ziehen, wir müssen uns auf die Mittelheilung dieser Thatsache befranken und unter den vorliegenden traurigen Verhältnissen davon abstrahieren, dieselbe näher zu kritisieren. Für die abgehenden Lehrer, von denen der eine sich hier unmöglich gemacht hatte, sind bereits angestellt: Herr Architekt Kulemann, bisher Lehrer an der Baugewerkschule zu Stadt Sulza, Herr Ingenieur Benedix, bisher Direktor des Technikums Münder a. D., und mit einem im Lehrfache und in der Praxis bewährten Maschinen-Ingenieur sind die Verhandlungen eingeleitet. Nachdem nunmehr die Verhältnisse unserer Anstalt geordnet sind, unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß bei der soliden Basis des Unternehmens unserer Anstalt, ähnlich wie die Sulzaer bisher, an Achtung und Ansehen in nahen und entfernten Kreisen gewinnen wird.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 8. Oktober. (Schluß-Course.) Matt.
Lond. Wechsel 20,375. Pariser do. 80,55. Wiener do. 172,95. R.-M.

St.-A. 139. Rheinische do. 142. Hess. Ludwigsb. 77. R.-M.-Pr.-Anth. 132. Reichsanl. 98. Reichsbank 154. Darmst. 132. Meiningen B. 81. Ostf.-ung. Bl. 724,50. Kreditaktien*) 224. Silberrente 58. Papierrente 58. Goldrente 69. Ung. Goldrente 82. 1860er Loose 120. 1864er Loose 293,50. Ung. Staatsl. 178,50. do. Ostf. do. II. 73. Böhm. Westbahn 164. Elisabethb. 150. Nordwestb. Galizier 204. Franzosen*) 227. Lombarden 69. Italiener —. 1877er Russen 89. II. Orientanl. 60. Zentr.-Pacific 108. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 228. Franzosen 228. Galizier —. Ungar. Goldrente 82.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 8. Oktober. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 227. Franzosen 227. Lombarden —. 1860er Loos. —. Ostferr. Goldrente —. Ungarische Goldrente 81. II. Orientanleihe 60. III. Orientanleihe 60. Matt.

Wien, 8. Oktober. (Schluß-Course.) Geschäftlos. Spekulationspapiere behauptet, Bahnen still, Renten fest auf die Thronrede. Papierrente 68.00. Silberrente 69,10. Ostferr. Goldrente 80,55.

Ungarische Goldrente 95,25. 1854er Loos 121,20. 1860er Loos 126,00. 1864er Loos 157,25. Kreditloose 168,00. Ungar. Prämienl. 103,00. Kreditaktien 266,30. Franzosen 264,50. Lombarden 82,50.

Galizier 241,25. Kasch.-Oderb. 113,75. Paribitzer —. Nordwestbahn 130,00. Elisabethbahn 174,00. Nordbahn 225,00. Österreichung. Bank 836,00. Türk. Loos 20,50. Unionbank 93,40. Anglo-Austr. 134,50. Wiener Bankverein 136,80. Ungar. Kredit 255,50. Deutsche Bläue 57,10. Londoner Wechsel 117,25. Pariser do. 46,30. Amerikaner do. 96,75. Napoleon 9,30. Dukaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 57,70. Russische Banknoten 1,23.

Wien, 8. Oktober. Abendbörs. Kreditaktien 264,25. Franzosen 263,75. Galizier 240,00. Anglo-Austr. 132,75. Lombarden 81,50. Papierrente 67,85. Österreichische Goldrente 80,50. Ungar. Goldrente 94,87. Marknoten 57,85. Napoleon 9,32. Matt.

Florenz, 8. Oktober. 5 pro. Italienische Rente 91,62. Gold 22,59. Brüssel, 7. Oktober. 5 pro. Österreich. Rente 85,60. 3 pro. Rente 83,57. Anleihe de 1872 118,65. Italien. 5 pro. Rente 80,65. Österreich. Goldrente 69. Ungar. Goldrente 83. Russen de 1877 92. Franzosen 572,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 182,50. Lombardische Prioritäten 262,00. Türken de 1865 11,70.

Credit mobilier 700. Spanier exter. 15,1. do. inter. 14. Suezanl-Aktien 725. Banque ottomane 515. Societe generale 567. Credit foncier 1060. Egypter 242. Banque de Paris 870. Ill. Orientanleihe 62,1. Türkenloof —. Londoner Wechsel 25,31.

Paris, 7. Oktober. Boulevard-Berkehr. Anleihe von 1872 118,92. Italiener —. ungar. Goldrente 83. III. Orientanleihe —. Egypter 248,12. Behauptet.

London, 8. Oktober. Consols 98. Italien. 5 pro. Rente 79. Lombarden 7,3. 3 pro. Lombarden, alte 10,3. 3 pro. do. neue 10,5. 5 pro. Russen de 1871 87. 5 pro. Russen de 1872 86. 5 pro. Russen de 1873 89. 5 pro. Türke de 1865 11,3. 5 pro. fundirte Amerikaner 106. Österreich. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungar. Goldrente 82,8. Österreich. Goldrente 68. Spanier 154. Egypter 48.

Silber —. Platzdiskont 1 pro.

Aus der Börse floßen heute 150,000 Psd. Sterl.

Petersburg, 7. Oktober. Wechsel auf London 25. II. Orient-Anleihe —.

Newyork, 7. Oktober. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4. D. 81 C. Wechsel auf Paris 5,23. 5 pro. fundirte Anleihe 103. 4 pro. fundirte Anleihe von 1877 102. Erie-Bahn 39. Central-Pacific 110. Newyork Centralbahn 119.

Produkten-Course.

Danzig, 8. Oktober. Getreide-Börse. Wetter: Veränderlich. Wind: NW.

Weizen loko versiel am heutigen Marte in eine matte und dann flache Stimmung und konnte man bei geringer Kaufluft und kleinem Umsatz 2—3 Mark pro Tonne billiger kaufen. Bezahlt ist für Sommer-126 Psd. 208 M. 133 Psd. 216 M. roth 122/3 Psd. 193 M. blau-spitzig 123 Psd. 198 M. hell aber bezogen 126, 129 Psd. 210 M. bunt und hellfarbig 113—125 Psd. 195—213 M. hellbunt 124, 125 Psd. 214—220 M. hochbunt 127—131 Psd. 222—

